

„Humane Zivilgesellschaft“ als Alternative zum gescheiterten real existierenden Sozialismus und zum Kapitalismus

Alternativen zur Planwirtschaft und zur Marktwirtschaft

Ich habe als 1958 in der DDR geborener und aufgewachsener Bürger den Vorteil, beide Ordnungs- und Wirtschaftssysteme zu kennen. Mir ist natürlich bewusst, dass man nicht nur die positiven Dinge beider Systeme genießen kann.

Der real existierende Sozialismus ist letztlich nicht nur politisch sondern auch mit seiner Form der Planwirtschaft ökonomische gescheitert. Dem hauptamtlichen SED-Parteisekretär der Energieversorgung Gotha (in Thüringen) habe ich nach dem 3-monatigem Besuch einer Bezirksgewerkschaftsschule auf die Frage nach den gewonnenen Erkenntnissen u. a. gesagt, dass das mit dem Sozialismus nichts wird, wenn wir nicht mit den selben Mitteln und Methoden produzieren, wie die Kapitalisten dies tun. Da war er ganz schön schockiert und zeichnete sofort das Bild einer sich dann automatisch einsetzenden Massenarbeitslosigkeit. Ich entgegnete ihm jedoch, dass er sich deshalb in der DDR keine Sorgen machen müsse. Es gäbe noch genügend zu tun, im Wohnungsbau, im Straßenbau, im Bau von kulturellen Einrichtungen usw.

Der SED-Parteisekretär konnte als geschulter SED-Kader jedoch nicht nachvollziehen, dass ich eine ebensolche Arbeitsweise verlangte, wie im Kapitalismus. Ich wollte damals (1985) gar keinen Systemwechsel, sondern nur die Wirtschaft beschleunigt sehen, um mehr und besser zu produzieren und um die sozialen Sicherungssysteme weiterhin finanzieren zu können.

Ich stand nach meinem Besuch der Bezirksgewerkschaftsschule, in welcher auch die politische Ökonomie des Kapitalismus gelehrt wurde, für einen marktwirtschaftlichen (ökonomischen) Sozialismus, nicht für die Marktwirtschaft. Marktwirtschaft ist nicht human, sondern brutal! Sie wird auch nicht dadurch sozial, indem man das Wort „sozial“ einfach davor setzt. Die Politik muss auch ständig im positiven Sinne danach handeln!

Gerade in den letzten Jahren erlebten die Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland jedoch das Gegenteil. Die "Soziale Marktwirtschaft" fiel zunehmend einem Privatisierungswahn und Neoliberalismus zum Opfer. Wenn es nach dem Willen einiger Parteien ginge, hätte man selbst die sozialen Sicherungssysteme längst privatisiert.

Ich stehe auch heute noch für ökonomische Produktionsprinzipien aber sie müssen eine Teilhabe aller Willigen und Bedürftigen am Ergebnis des Wirtschaftens ermöglichen. Und nicht einer immer kleiner werdenden Ober- und Mittelschicht. Mit dem Hinterherhecheln hinter dem US-Modell können insbesondere die Zukunftsprobleme auf unserem Globus nicht gelöst werden.

Meine Solidarität schließt natürlich auch diejenigen mit ein, denen es auf unserem Globus wirklich schlecht geht und das tägliche Brot fehlt. Auch da sind eigentlich die reichen Länder (Spekulant*innen mit eingeschlossen) diejenigen, die die Lebensmittelpreise in die Höhe treiben und lieber Biosprit aus Getreide, Soja

und Mais produzieren. Zugleich wird durch solche Entwicklungen die massenhafte Vernichtung von tropischen Regenwäldern etc. begünstigt.

Wir brauchen jedoch nicht nur mehr globale Gerechtigkeit. Die Armut auf der einen Seite und der Reichtum auf der anderen Seite potenzieren sich auch in unserem Land täglich. Dies muss politisch gestoppt werden. Unsere Bundeskanzlerin, Frau Merkel, verspricht gleiche Bildungschancen für alle, dabei wissen wir doch, dass die Bildung immer mehr von der sozialen Herkunft und vom Geldbeutel abhängig wird. Da hilft auch eine magere Erhöhung des Kindergeldes nichts, die längst durch Preissteigerungen, Studiengebühren etc. aufgezehrt ist. Und wer sich heute für den Nachwuchs keinen PC mit Internetanschluss leisten kann, der kann sich die Zukunftschancen seiner Kinder selbst ausmalen. I. d. R. werden solche Dinge heute in der Bildung vorausgesetzt.

Sogar die Selbständigen kämpfen ums tägliche Überleben, nagen immer mehr am Hungertuch und können sich keinen Urlaub oder eine ausreichende soziale Absicherung leisten. Auf der anderen Seite sehen wir Berichte von Unternehmergattinnen im Fernsehen, die sich zwischendurch mal eben einen Pelzmantel für 500 Tausend € kaufen. Da stimmt doch was nicht. Das hat nichts mit Neid zu tun. Wer mehr leistet und mehr Verantwortung trägt, soll auch besser entlohnt werden. Das trifft auch für Manager und Politiker zu, wenn sie eine ordentliche Arbeit leisten. Man kann es aber auch übertreiben. Die immer weiter auseinander klaffende Einkommens- und Vermögensschere muss deshalb im Interesse einer humanen Gesellschaft politisch verkleinert werden.

Aber auch der real existierende Sozialismus war kein gerechtes System. Die Bildungs- und Qualifizierungschancen waren i. d. R. vom (richtigen) Parteibuch abhängig und die durch eine Qualifizierung erreichte Position wurde oft nicht entsprechend vergütet. Führungspositionen wurden wiederum nach dem (richtigen) Parteibuch und nicht nach Eignung besetzt. Zudem konnten die Führungskräfte ihre Fähigkeiten durch die von oben diktierte Planwirtschaft nicht entfalten und die DDR verlor immer mehr an wirtschaftlichem Boden.

Wie weit die DDR jedoch damals (1989) z. B. auf ökonomischen Gebieten tatsächlich hinterher hinkte, ahnte ich nicht. Ich durfte ja, wie fast alle DDR-Bürger, vor der Wende nicht in den Westen reisen. Einen ersten überwältigenden Eindruck im öffentlichen Leben konnte ich mir Mitte Dezember 1989 in Westberlin verschaffen. Der Abstand, insbesondere der wirtschaftliche Rückstand, war so groß, dass es im November 1989 gar keine reelle Chance für einen dritten Weg gab, für den ich eintrat. Außerdem galt es, gewaltige Demokratiedefizite aufzuholen.

1989 unterstützte ich vergeblich den "Aufruf für unser Land", bei dem es um einen dritten Weg ging. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der DDR entschied sich jedoch für den schnellen Anschluss an die BRD und somit für die Marktwirtschaft. Ökonomisch gesehen gab es vielleicht tatsächlich keine Alternative jedoch eine humanere Einführung der Marktwirtschaft z. B. mit

Übergangssubventionierungen und einer verantwortungsbewussteren Rationalisierungsphase. Insbesondere für die Betriebe, die teilweise sogar mit westlichen Maschinen vorher für die Bundesrepublik Deutschland produzierten. Aber die Produkte wurden schnell in noch billigeren Ländern geordert. Mit dem Imperium von Alexander Schalk Golodkowski hatte ja angeblich vorher nie jemand Geschäfte gemacht. Man gewährte ihm jedoch Unterschlupf.

An Demokratie fehlte es zum Zeitpunkt der entscheidenden ersten und letzten freien Volkskammerwahlen im März 1990 nicht mehr. Sie war bereits im Herbst 1989 mutig auf der Straße erkämpft und während der Wendezeit 1989/1990 manchmal sogar basisdemokratischer als die heutige Demokratie. Nach meinen Vorstellungen muss es auch in einer humanen Zivilgesellschaft mehr Bürgerbeteiligung, also mehr Demokratie und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen Prozessen geben.

**eine humane und demokratische Gesellschaft
anstrebende Bevölkerung**



uneingeschränkte internationale Solidarität herstellen
(außer Extreme!)



**„Humane Zivilgesellschaft“
auf dem Globus**



stetig verbessern und erneuern!



**Weg zum Ziel der
Bedürfnisbefriedigung aller
und eines friedlichen Miteinander**



Eine „Humane Zivilgesellschaft“ könnte über eine positiv fortentwickelte soziale Marktwirtschaft, die entwicklungsbedürftig und entwicklungsfähig ist, erreicht werden. In einer solchen Gesellschaft muss es neben einem festen bürgerfreundlichen Oberbau mehr Demokratie und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen Prozessen geben.

Meine Idealvorstellung geht von einer solidarischen, humanen, demokratischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Gesellschaft aus, in der alle Menschen sich frei entfalten können und friedlich miteinander leben können.

Neben der unabdingbaren Demokratie kommt es auf ein ausgewogenes Gleichgewicht von Ökonomie, Sozialem und Ökologie an.

aktualisiert: 24.06.09

Mein Ideal von einer solidarischen, humanen, demokratischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Gesellschaft, in der alle Menschen sich frei entfalten können und friedlich miteinander leben, bleibt mir erhalten. Im real existierenden Sozialismus konnten meine Erwartungen nicht erfüllt werden.

Eine so genannte „Humane Zivilgesellschaft“, wie ich sie mir vorstelle, könnte über eine positiv fortentwickelte soziale Marktwirtschaft, die entwicklungsbedürftig und entwicklungsfähig ist, erreicht werden. In einer solchen demokratischen Gesellschaft müssen die Faktoren Ökonomie, Ökologie und Soziales von der Politik stets in einem Gleichgewicht gehalten werden.

Diese Herangehensweise darf nicht nur auf Deutschland oder die EU beschränkt bleiben, sondern muss in einer globalisierten Welt schrittweise auf dem gesamten Globus umgesetzt werden. Mir gefällt sehr, dass einige Gewerkschaften diesen Prozess ähnlich sehen. Kein Wunder, dann sie haben ein echtes Interesse an einer menschenwürdigen Gesellschaft. Und nicht nur in der Wirtschaft. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Politiker davon eine Scheibe abschneiden würden.

Da ich schon immer mathematisch und philosophisch gedacht habe, finde ich ein Verzocken von Geld an den Aktien- und Finanzmärkten sowie eine Vernichtung von Humankapital durch reines Profitstreben in der Marktwirtschaft für gesamtgesellschaftlich schädlich. Auch Arbeitslosigkeit ist entwürdigend und macht krank. Nach meiner Auffassung darf es in einer demokratischen humanen Gesellschaft nicht nur auf Einzelfeldern ökonomisch zugehen. Vielmehr ist durch die Politik ein positiver Einfluss auf grundlegende ökonomische und finanzpolitische Entscheidungen zu nehmen.

Wer in einer solchen Gesellschaft gute Arbeit leistet und viel Verantwortung für Menschen trägt, sollte auch entsprechend entlohnt werden. Dies betrifft insbesondere Politiker und Manager. Aber auch die kleinen Selbständigen müssen eine faire Chance haben und dürfen beispielsweise nicht als Subunternehmer durch ihre Auftraggeber (Zwischenunternehmer) wie eine Zitrone ausgepresst und zu unmenschlichen Bedingungen beschäftigt werden.

Für mich und unsere Kinder wird eine solche Vorstellung von einer wirklich humanen Gesellschaft jedoch weiterhin ein Traum bleiben. Es mehren sich aber auch in unserem Land immer öfter Stimmen, die gegen einen neoliberalen Kurs und Turbokapitalismus auf unserem Globus sind. Dies lässt hoffen.

Die durch die internationale Finanzkrise Mitte September 2008 ausgelöste Wirtschaftskrise hat einmal mehr gezeigt, dass auch das System der Marktwirtschaft, in der die Gewinnmaximierung und die Aktienkurse über die Zukunft der Menschen entscheiden, immer öfter versagt.

Es scheint, als ob längst nicht mehr die Politik über unsere Zukunft entscheidet, sondern zunehmend Aktienspekulanten und ökonomische Geisterfahrer in Führungspositionen. Der Politik bleibt oft nur noch die Rolle des Schadensbegrenzers mit Hilfe von Steuermitteln und einem Griff in die Sozialkassen.

Letztlich ist es im Herbst 2008 so gekommen, wie logisch denkende Menschen es vorausgesehen haben. Auch unser Finanzsystem geriet in den Strudel, dessen

Ursachen viel tiefer liegen als in Bankenpleiten, obwohl uns Herr Steinbrück (SPD) und andere Politiker lange Zeit vom Gegenteil überzeugen wollten.

Die Politik darf Probleme nicht herunterreden oder wegdiskutieren. Aufgabe der Politik muss es sein, nach geeigneten Wegen und Alternativen zu suchen, auch was globale Herausforderungen betrifft. Was uns fehlt, ist ein offener Dialog über einen tragfähigen, zukunftsfähigen und menschlichen Ordnungsrahmen.

Gerade die im Herbst 2008 durch eine erneute (Finanz) Krise ausgelöste Wirtschaftskrise zeigt einmal mehr, dass wir mit der Marktwirtschaft eben noch nicht auf dem richtigen Weg sind. Mit dem gescheiterten undemokratischen Sozialismus mit seiner Planwirtschaft war man auch auf dem falschen Weg. Insbesondere die ökonomischen Missstände verschärften zunehmend die politische Lage und ließen die Sozialpolitik unfinanzierbar werden.

Im Oktober 2008 trat, wie in vielen anderen von der Marktwirtschaft gesteuerten Ländern, auch in Deutschland ein fast 500 Mrd. € unfassendes Finanzpaket zur Stabilisierung des Finanzmarktes in Kraft, zu dem es keine Alternative gab. Der größte Teil davon sind Bürgschaften, die wir uns bei einer bisherigen Staatsverschuldung von 1,5 Billionen € (locker) leisten können.

Aber ohne Rettungspaket wäre alles, auch die Wirtschaft, die ja vom Geld abhängig ist, zusammengebrochen. Erste Produktionsstillstände in der Automobilbranche verdeutlichten die Anfälligkeit auch der deutschen Wirtschaft. Und die Folgen der weltweiten Krise für die Wirtschaft sind noch lange nicht ausgestanden, auch wenn uns Arbeits- und Sozialminister Scholz (SPD) und andere Politiker wochenlang beruhigen wollten. Überzeugend waren sie dabei wieder nicht. Nun denkt auch Herr Scholz über geeignete Gegenmaßnahmen, etwa eine Verlängerung des Kurzarbeitergeldes nach.

Dass die Maßnahmen des Finanzrettungspaketes nicht zum Nulltarif zu haben sind und in betroffenen Finanzinstituten eine Mitsprache etwa bei der geschäftspolitischen Ausrichtung, Managergehältern und der Ausschüttung von Dividenden erfolgen soll, ist richtig. Schade, dass die Maßnahmen jedoch nur zeitlich befristet und nur für Banken gelten, die das Rettungspaket in Anspruch nehmen. Solchen Maßnahmen müssten nach meiner Auffassung auch in der Wirtschaft greifen. Dann kämen wir meinen Werte- und Zielvorstellungen für eine „Humane Zivilgesellschaft“ näher.

Mit diesem Begriff habe ich mich endgültig unabhängig von Parteien und Systemen gemacht. Die Bezeichnung des Ordnungsrahmens ist dabei jedoch das Allerletzte, über was man diskutieren müsste. Es muss einfach nur eine solidarische, humane, demokratische, ökonomische, soziale und ökologische Gesellschaft sein. Und dahin ist es noch ein weiter Weg. Mit dem Weg zu einem Turbokapitalismus, für den Herr Merz (CDU) immer noch wirbt, können wir die Zukunftsherausforderungen auf unserem Globus nicht meistern.